



Die Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz
beim Bund und für Europa | 11056 Berlin

An den
Präsidenten des Landtages
Rheinland-Pfalz
Herrn Joachim Mertes, MdL
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

Landtag Rheinland-Pfalz

- Vorlage 16/3132 -

An die Mitglieder des Ausschusses
für Europafragen und Eine Welt

- Behandlung gemäß § 65 GOLT -

DIE MINISTERIN

**BEVOLLMÄCHTIGTE DES
LANDES BEIM BUND UND
FÜR EUROPA**

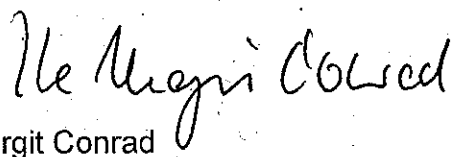
In den Ministergärten 6
10117 Berlin
Telefon 030 72629-1100
Telefax 030 72629-1200
poststelle@lv.rlp.de
www.landesvertretung.rlp.de

Berlin, 22. Oktober 2013

Sehr geehrter Herr Präsident,

gemäß Ziffer III.5.b. der „Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung gem. Art. 89b der Landesverfassung über die Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung“ übersende ich beigefügt mit der Bitte um Weiterleitung an den zuständigen Ausschuss eine Information über die Ergebnisse der 103. Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen vom 8. und 9. Oktober 2013 in 45facher Ausfertigung.

Mit freundlichen Grüßen


Margit Conrad

Anlage: Ergebnisse der 103. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 8. und 9. Oktober 2013 in Brüssel

I. Allgemeines

Am 8. und 9. Oktober 2013 fand in Brüssel die 103. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) statt. Die 353 Mitglieder aus 28 EU-Mitgliedstaaten waren aufgerufen, über insgesamt 17 Stellungnahmen und eine Resolution zu beraten und diese zu verabschieden.

Feierlich eröffnet wurde das Plenum gemeinsam mit den Open Days, einer Veranstaltungs- und Konferenzreihe, die jedes Jahr in diesem Zeitraum stattfindet. Neben Martin Schulz (DE/S&D), Präsident des Europäischen Parlaments (EP) und José Manuel Barroso, Präsident der Kommission, nahm Johannes Hahn, für Regionalpolitik zuständiges Mitglied der Kommission, an der Eröffnung teil. In diesem Rahmen fand eine Debatte über die Umsetzung der Programme im Bereich der Kohäsionspolitik 2014-2020 statt. Während der Debatte riefen die AdR-Vertreter dazu auf, sowohl den Neuen Mehrjährigen Finanzrahmen, als auch die Regelungen für die neuen Strukturfondsverordnungen so rasch wie möglich zu verabschieden. Kommissar Hahn schloss sich diesen Äußerungen an, damit die notwendige Programmplanungssicherheit gewährt werden könne.

Der AdR wehrt sich im Zuge der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen immer noch gegen das drohende Schwert der makroökologischen Konditionalitäten. Demnach könnte die Kommission in Zukunft Zahlungen aus den Struktur- und Regionalfonds stoppen, wenn ein Mitgliedstaat vorher festgesteckte Ziele in seinem Haushalt nicht einhalten könne. Zudem sieht der AdR auch die „leistungsgebundene Reserve“ sehr kritisch. Eine leistungsgebundene Reserve (5 Prozent der Strukturfondsmittel) ist für diejenigen Regionen vorgesehen, die beim Erreichen der europäischen Kohäsionsziele am besten abschneiden. Bevor Mittel ausgezahlt werden, müssen die Behörden nachweisen, dass zufriedenstellende strategische, ordnungspolitische und institutionelle Rahmenbedingungen bestehen, die eine effiziente Nutzung der Mittel gewährleisten. Die Freigabe weiterer Mittel wird von der Leistung abhängig gemacht.

Karl-Heinz Lambertz (BE/SPE), Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und Vorsitzender der SPE-Fraktion im AdR, sagte, dass er sehr bedauere, dass die Verhandlungen zu den Strukturfonds, insbesondere über die makroökonomischen Konditionalitäten, hinter verschlossenen Türen stattfinden. Man müsse, gerade bei diesem Thema, eine große Transparenz und eine Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern herstellen. Er messe dem Thema der Kofinanzierung von Infrastrukturprojekten aus EU-Fördertöpfen und staatlichen Beihilfen eine große Rolle bei.

II. Schwerpunkte der Plenartagung

1. Umweltpolitik

Aus diesem Politikbereich verabschiedeten die AdR-Mitglieder insgesamt zwei Stellungnahmen.

Beim Grünbuch „Europäische Strategie für Kunststoffabfälle in der Umwelt“ legte die Berichterstatterin Linda Gillham (UK/EA) besonderen Wert darauf, in der Stellungnahme das Verbot kostenloser Ausgabe von Plastik(einkaufs-)tüten zu fordern. Betrachtet werden in der Stellungnahme die Auswirkungen von Plastikabfall in der Umwelt, insbesondere in den Gewässern und Meeren.

Die einstimmig verabschiedete Stellungnahme setzt klare Forderungen im Lichte der Pläne der Kommission, neue Initiativen zum Abfallmanagement und der Abfallentsorgung im Jahr 2014 veröffentlichen zu wollen. In einer früher ergangenen Stellungnahme forderte der AdR bereits, dass die EU bis zum Jahr 2020 die Plastikabfälle um bis zu 70 Prozent eindämmen solle. In der EU und zwischen den Mitgliedstaaten bestünden immer noch große Unterschiede bezüglich der Ausprägung der Vermeidungsstrategien von Plastikabfall. Für Diskussionsstoff sorgte auch die Problematik der feinen Plastikkügelchen in Hautpeeling-Produkten. Sie seien so fein, dass sie ohne größeren Widerstand die Kläranlage passieren könnten, und bis zum Meer gelangen, wo sie dann von Fischen, auch Speisefischen, für Futter gehalten würden. Der AdR unterstreicht in seiner Stellungnahme, dass Plastik nicht nur ein Abfallprodukt, sondern als eine wiederverwendbare Ressource zu sehen sei.

Die AdR-Mitglieder verabschiedeten zudem mit großer Mehrheit eine Stellungnahme zur „Grünen Infrastruktur – Aufwertung des europäischen Naturkapitals“. Grüne Infrastruktur soll ein innovatives Rahmenwerk im Bereich der Urbanisierung in der Raum- und Umweltplanung schaffen. Denn nur allzu oft zerstöre der Bau konventioneller Infrastruktur wertvolle Ökosysteme. Städte und Regionen seien die ersten, die einen Wandel zur Grünen Infrastruktur vollziehen könnten. Sie befänden sich in der besten Ausgangslage, sinnvolle grüne Infrastrukturprojekte zu definieren und umzusetzen. Außerdem seien sie in der vorteilhaften Lage, involvierte Entscheidungsträger auf lokaler und regionaler Ebene zu mobilisieren. Zum Bereich der grünen Infrastruktur gehört beispielsweise die Bevorzugung der Schaffung von Überschwemmungsflächen vor dem Bauen von Deichen. Die grüne Infrastruktur könne insbesondere in Zeiten der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrisen Chancen für umweltschonende und sanfte Infrastrukturmaßnahmen bieten.

In seiner Stellungnahme ruft der AdR die Kommission dazu auf, konkrete Implementierungsguidelines für die Bereitstellung grüner Infrastruktur zu entwickeln insbesondere im Zusammenhang mit anderen Politikbereichen.

2. Klima- und Energiepolitik

Die AdR-Mitglieder verabschiedeten einstimmig eine Stellungnahme zur Mitteilung der Kommission „Strategie zur Anpassung an den Klimawandel“. Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften unterstreichen in der Stellungnahme, dass sie von Wetter- und Klimaveränderungen und den damit zusammenhängenden Konsequenzen als erste betroffen seien. Der AdR betont, dass die Zielerreichungsstrategien zur CO₂-Reduktion Hand-in-Hand gehen müssten mit der Eindämmung der Effekte vom Klimawandel. Der AdR vertritt die Meinung, dass ein Multi-Level-Governance-Konzept für die Erreichung der Klimaziele am sinnvollsten sei, da neben den Nationalstaaten auch alle nachgeordneten Ebenen zum Klimaschutz beitragen können. Mit einem integrierten Ansatz, also unter Betrachtung der Effekte und Auslöser des Klimawandels, will der AdR künftig Anpassungsstrategien unterstützen.

Ebenso verabschiedete der AdR eine Resolution zur 19. Konferenz der Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention im Lichte einer Klimaschutzagenda. Darin greift er nochmals seine Forderung auf, vor allem die lokalen Gebietskörperschaften stärker an den Entscheidungen zur Bekämpfung des Klimawandels bis in die internationale Ebene hinein teilhaben zu lassen. Ebenso rief der AdR die EU auf, ehrgeizige Ziele bei der CO₂-Reduktion zu entwickeln und Maßnahmen zur Energieeffizienz weiter auszubauen.

Die politisch umstrittenste Stellungnahme verabschiedete der AdR zum Thema „Schiefergas und -öl sowie Tight Gas und Tight Öl (Fracking) aus Sicht der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften“. In dieser Stellungnahme drängt der AdR die EU, schleunigst obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) für alle Fracking-Vorhaben zur Förderung von Schiefergas und Schieferöl einzuführen. Er gibt zu bedenken, dass eine angemessene Regulierung notwendig sei, um die potenziellen Umweltgefahren in Verbindung mit der unkonventionellen Kohlenwasserstoffförderung einzudämmen und die menschliche Gesundheit zu schützen.

Im Rahmen der europäischen Bemühungen um mehr Nachhaltigkeit und Verringerung der Energie-Importabhängigkeit und der damit einhergehenden Suche nach neuen Energiequellen haben verschiedene Unternehmen in der EU begonnen, sich für Fracking zu interessieren, in der Hoffnung, damit ähnlich erfolgreich zu sein wie in den USA. Der AdR warnt jedoch, dass diese Technologie nicht nur erhebliche Umwelt- und Gesundheitsrisiken berge, sondern, wie andere fossile Brennstofftechnologien auch, langfristig schlichtweg nicht nachhaltig sei.

Der AdR fordert die EU auf, die Exploration und Förderung strikt zu regulieren und zu überwachen, bis einschlägige Rechtsvorschriften verabschiedet worden seien. Durch verpflichtende UVP sollte die häufig durch Fracking verursachte Luft- und Wasserverschmutzung verringert werden. Gleichzeitig würde durch verpflichtende UVP die Transparenz verbessert, da bspw. die chemischen Bestandteile der

Frackflüssigkeit offengelegt werden müssten. In Anbetracht des Risikopotenzials plädiert der AdR dafür, dass die letztendliche Entscheidung über die Genehmigung von Frackingtätigkeiten den betroffenen lokalen und regionalen Gebietskörperschaften überlassen werden sollte, insbesondere, wenn sensible Gebiete betroffen sind oder Klimaschutzziele unterlaufen werden könnten.

Polnische und litauische AdR-Mitglieder hatten sich vor dem Hintergrund einer Lösung für die Energieabhängigkeit von Russland in Änderungsanträgen nahezu vorbehaltlos für Fracking ausgesprochen. Diese Änderungsanträge fanden im Plenum jedoch keine Unterstützung. Den Argumenten der Fracking-Befürworter hält der AdR entgegen, dass die Förderung von Schiefergas und Schieferöl den anhaltenden Trend sinkender einheimischer Produktion und steigender Importabhängigkeit nicht umkehren werde. Der AdR spricht auch die mittelbaren Auswirkungen von Fracking an, das durch die zusätzliche Freisetzung von Klimagasen in die Atmosphäre, darunter Methan, zu weiteren Klimaveränderungen beiträgt. Ferner könnte die Förderung unkonventioneller Öl- und Gasvorkommen die Bemühungen der EU um Ressourceneffizienz untergraben und internationale Klimaschutzvereinbarungen sowie das Erreichen des UN-Millenniumsentwicklungsziels "Ökologische Nachhaltigkeit sicherstellen" behindern.

III. Podiumsdiskussion mit rheinland-pfälzischer Beteiligung im Rahmen der Open Days

Im Rahmen der elften Ausgabe der Open Days, die vom 7. bis 10. Oktober 2013 in Brüssel stattfanden, veranstaltete die Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz bei der EU in Brüssel am 10. Oktober 2013 eine Podiumsdiskussion zum Thema „Grenzregionen: Innovationspotenziale bündeln – Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft fördern“. Am Konsortium beteiligten sich die Partner Lothringen, Elsass, die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens, Luxemburg und das Saarland. Sarah Mauerer, Referentin für grenzüberschreitende Zusammenarbeit aus der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei, moderierte die Diskussion.

Folgende Personen nahmen an der Podiumsdiskussion teil:

- Martine Berns-Coquillat, Vorsitzende der Arbeitsgruppe "Hochschulbildung und Forschung" in der Großregion, Lothringen;
- Dr. Jürgen Gerber, Mitglied des Enterprise Europe Netzwerks; Innovations-Management GmbH Rheinland-Pfalz;
- Claudia Heß, Promovierende in der Großregion, Koordinatorin eines grenzüberschreitenden Universitätskurses;
- Prof. Dr. Volker Linneweber, Präsident der Universität des Saarlands, Präsident des Hochschulverbands "Universität der Großregion";
- Christophe Sagnier, Referatsleiter "Innovation" bei der Région Alsace;

- Prof. Dr. Dr. Hans-Jochen Schiewer, Präsident der Universität Freiburg, Präsident des Hochschulnetzwerks EUCOR und Vorsitzender der Säule "Wissenschaft" der Trinationalen Metropolregion Oberrhein.

Zunächst wurden die Grundzüge der Hochschulkooperationen erläutert, aber auch die Unterschiede, die sich aus den Universitätsstandorten Großregion und Oberrhein ergeben. Hans-Jochen Schiewer akzentuierte den Mehrwert staats- und landesgrenzenübergreifender Hochschulkooperationen, insbesondere für Studierende und Forschende aus dem Ausland. Volker Linneweber erklärte unter anderem, dass in Zukunft eine verstärkte Kooperation zwischen Hochschulen und Fachbereichen vor dem Hintergrund der immer strengeren Sparauflagen im Bildungsbereich essentiell werden könne. Claudia Heß gab einen Einblick in den Alltag von Studierenden grenzüberschreitender Studienprogramme. Jürgen Gerber beschrieb seine Arbeit im European Enterprise Network und die Rolle von Hochschulen für den Innovationstransfer zu Unternehmen sowohl im Bereich der Grundlagen- als auch der angewandten Forschung. Martine Berns-Coquillat erinnerte an die Abstimmungsschwierigkeiten und Zeitverzögerungen, die dadurch entstehen, dass unterschiedliche Ebenen über Entscheidungskompetenzen im Hochschulbereich (Nationalstaat, Land, Region) verfügen.

Es wurde allgemein festgestellt, dass die eingeschränkte Mobilität der Studierenden in den Grenzregionen durch suboptimal verknüpfte grenzüberschreitende Verkehrsnetze ein anhaltendes Problem sei. Sowohl die fehlende Mehrsprachigkeit von Universitätsmitarbeitern, als auch die Tatsache, dass sie einander nicht persönlich kennen, erschwere zudem den Prozess der Verwaltungsabläufe in den Universitäten der Grenzregionen.

IV. Die verabschiedeten Stellungnahmen im Überblick

Titel	Berichterstatter /in	Dok.- Nummer	Abstimmungsergebnis
Empfehlung für eine bessere Mittelverwendung	Alberto Núñez Feijóo (ES/EVP)	COTER-V-040	einstimmig
Viertes Eisenbahnpaket	Pascal Mangin (FR/EVP)	COTER-V-036	einstimmig
Stadt-Land-Partnerschaften und ihre Steuerung	Romeo Stavarache (RO/ALDE)	COTER-V-039	einstimmig
Entwurf des EU-Haushaltsplans für 2014	Luc Van den Brande (BE/EVP)	BUDG-V-006	mehrheitlich
Schiefergas und -öl sowie Tight Gas und Tight Öl aus Sicht der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften	Brian Meaney (IE/EA)	ENVE-V-034	mehrheitlich

Europäische Strategie für Kunststoffabfälle in der Umwelt	Linde Gillham (UK/EA)	ENVE-V-036	einstimmig
EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel	Neil Swannick (UK/SPE)	ENVE-V-037	einstimmig
Grüne Infrastruktur-Aufwertung des europäischen Naturkapitals	Annabelle Jaeger (FR/SPE)	ENVE-V-039	mehrheitlich
Raumfahrtindustrie der EU	Adam Struzik (PL/EVP)	ENVE-V-030	einstimmig
Leitlinien für transeuropäische Telekommunikationsnetze	Alin Adrian Nica (RO/ALDE)	EDUC-V-036	einstimmig
CARS 2020: Ein Aktionsplan für eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Automobilindustrie in Europa	Christian Buchmann (AT/EVP)	ECOS-V-038	einstimmig
Das Paket zu Sozialinvestitionen	Ahmed Aboutaleb (NL/SPE)	ECOS-V-042	mehrheitlich
Resolution zur 19. Konferenz der Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention-Vorantreiben der internationalen Klimaschutzagenda			einstimmig
Aktionsplan Unternehmertum 2020	Paweł Adamowicz (PL/EVP)	ECOS-V-043	einstimmig
Langfristige Finanzierung der europäischen Wirtschaft	Uno Silberg (EE/EA)	ECOS-V-044	mehrheitlich
Nachhaltige Entwicklung ländlicher Gebiete	Jerzy Zająkła (PL/EA)		einstimmig
Maritime Raumplanung und integriertes Küstenzonenmanagement	Paul O'Donoghue (IE/ALDE)	NAT-V-030	mehrheitlich
Stärkung der Gestaltungsmacht der lokalen Behörden in den Partnerländern mit Blick auf eine verbesserte Regierungsführung und wirksamere Entwicklungsergebnisse	J.F.M. Hans Janssen	CIVEX-V-041	einstimmig

V. Ausblick nächste Plenartagung

Die kommende AdR-Plenartagung findet am 28. und 29. November 2013 in Brüssel statt.

Es werden Stellungnahmen zu folgenden Themen verabschiedet werden:

- Rahmen einer künftigen EU-Hafenpolitik,
- EU-Leitlinien für staatliche Beihilfen für Flughäfen und Luftfahrtunternehmen,
- Verordnung über amtliche Kontrollen und andere amtliche Tätigkeiten zur Gewährleistung der Anwendung des Lebens- und Futtermittelrechts und der Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzengesundheit, Pflanzenvermehrungsmaterial und Pflanzenschutzmittel,
- Bericht über die Unionsbürgerschaft 2013,
- Solidaritätsfonds der Europäischen Union,
- Strategische Leitlinien für die nachhaltige Entwicklung der Aquakultur in der EU,
- Strategien zur Integration der Roma,
- Aktionsplan für eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Stahlindustrie in Europa,
- Verstärkte Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Arbeitsverwaltungen,
- Wissenschaftler, Studierende, Freiwillige und andere Gruppen aus Drittstaaten,
- Paket Intelligente Grenzen,
- Sport, Behinderung, Freizeit,
- Staatliche Beihilfen für Fischerei und Aquakultur,
- Mehrwert makroregionaler Strategien.